

Jörg Hinze, Eckhardt Wohlers

Konjunktur im Aufwind

Die Konjunkturperspektiven haben sich in Deutschland spürbar aufgehellt; in der zweiten Jahreshälfte ist eine deutliche Erholung zu erwarten. Wie sind die Aussichten für das nächste Jahr? Wie nachhaltig wird der Aufschwung sein? Bringt er eine spürbare Entlastung für den Arbeitsmarkt?

Die Konjunkturperspektiven haben sich in der ersten Hälfte dieses Jahres in Deutschland merklich aufgehellt. Die milde Rezession, die sich in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres auch als Folge der Terroranschläge vom 11. September herausgebildet hatte, ist überwunden; die gesamtwirtschaftliche Produktion nahm in den ersten Monaten dieses Jahres wieder leicht zu. Danach hat sich die konjunkturelle Expansion beschleunigt. Zu einer nennenswerten Erhöhung des Auslastungsgrades dürfte es dabei aber nicht gekommen sein, so dass man noch nicht von einem Aufschwung sprechen kann¹. Auf dem Arbeitsmarkt, der ein typischer „Nachläufer“ der Konjunktur ist, fand die Belebung der gesamtwirtschaftlichen Produktion bisher keinen Niederschlag. Die Zahl der Erwerbstätigen war bis zuletzt rückläufig und lag zur Jahresmitte um rund 200 000 Personen unter dem Vorjahresstand. Im nahezu gleichen Umfang stieg die Zahl der Arbeitslosen. Saisonbereinigt betrug sie im Juni 4,09 Millionen.

Steigender Export – schwache Binnennachfrage

Die konjunkturelle Belebung bewegt sich noch auf schmalen Grat. Getragen wird sie bisher allein vom Export. Die Nachfrage aus dem Ausland ist seit Ende vergangenen Jahres wieder deutlich aufwärtsgerichtet, und die Ausfuhren sind nach der Jahreswende spürbar gestiegen (vgl. Schaubild 1). Gleichzeitig gingen die Importe zurück, so dass der außenwirtschaftliche Bereich insgesamt in der ersten Jahreshälfte 2002 einen beträchtlichen „Wachstumsbeitrag“ leistete. Der Anstieg der Auslandsnachfrage strahlte kaum auf die Binnennachfrage aus; sie blieb in der ersten Hälfte dieses Jahres schwach. Die Verbesserung der Exporterwartungen und des Geschäftsklimas fand in den Dispositionen der Unternehmen bisher keinen Niederschlag. Die Unsicherheit über den Fortgang der Konjunktur im In- und Ausland, aber auch über

die Entwicklung bei den Arbeitskosten und mögliche Streiks dämpften die Investitionsneigung der Unternehmen, so dass die Investitionstätigkeit weiter zurückging. Auch wurden die Vorratsbestände, die bereits im Laufe des vergangenen Jahres kräftig zurückgefahren worden waren, in der ersten Hälfte dieses Jahres weiter abgebaut. Die Bauinvestitionen nahmen in den ersten Monaten des Jahres erstmals seit längerem wieder leicht zu; dabei dürfte aber das milde Winterwetter eine Rolle gespielt haben.

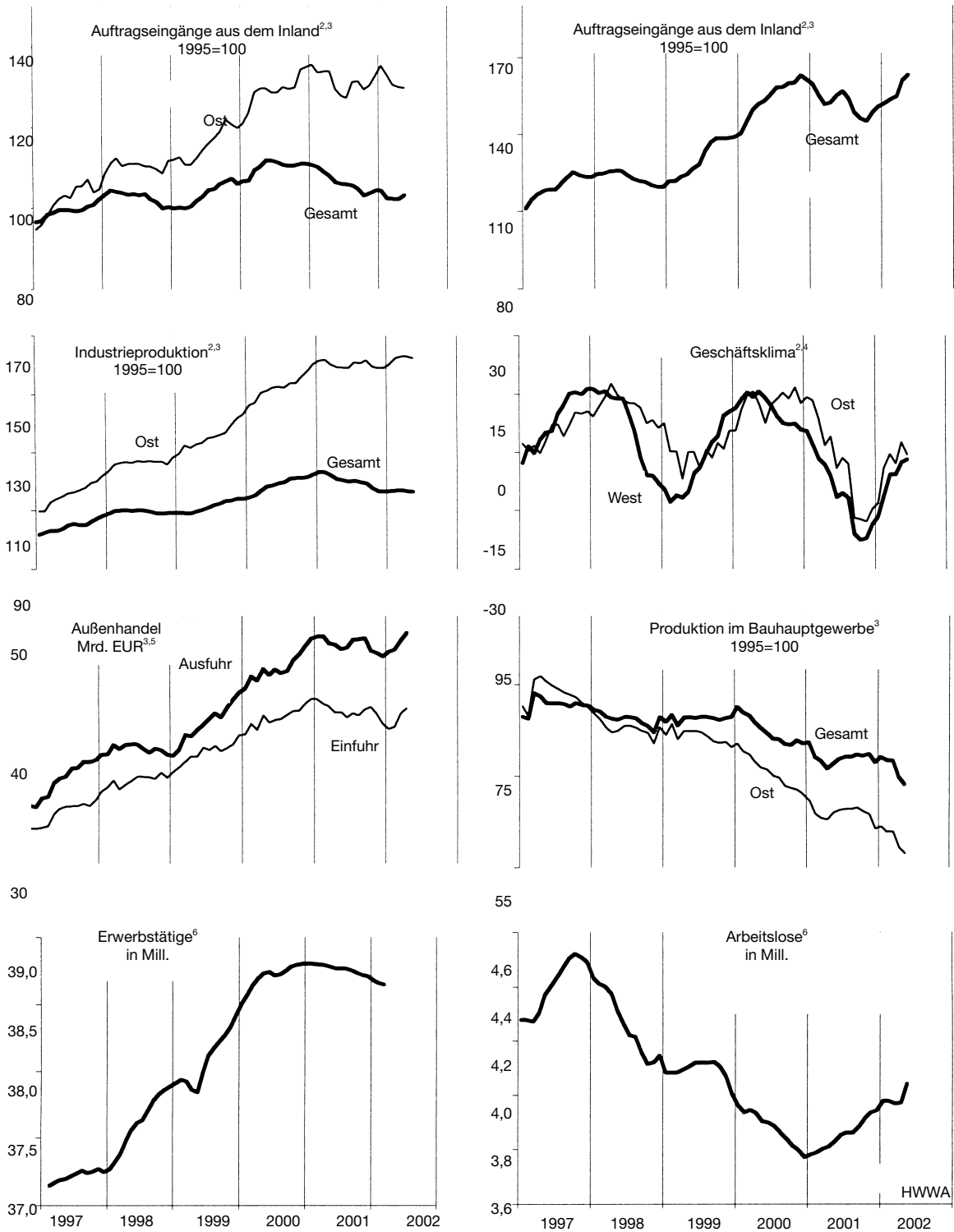
Erheblichen Anteil an der Schwäche der Binnennachfrage hatte der private Verbrauch. Er ging im ersten Quartal des Jahres nochmals zurück, und die verfügbaren Indikatoren deuten darauf hin, dass er auch danach nur wenig ausgeweitet wurde. Zur gedrückten Konsumneigung der privaten Haushalte trug neben der anhaltend ungünstigen Arbeitsmarktlage und der Unsicherheit über die weitere konjunkturelle Entwicklung auch eine Verunsicherung durch die Euro-Bargeldeinführung und die damit verbundene Teuerungsdiskussion bei, die zu einer Kaufzurückhaltung auch bei größeren Anschaffungen führten.

Dämpfend auf den Konsum wirkte auch die Entwicklung der Verbraucherpreise. Zu Jahresbeginn gab es hier einen kräftigen Preisschub (vgl. Schaubild 2). Gründe dafür waren das Wiederanziehen des Weltmarktpreises für Rohöl auf zeitweise fast 27 \$/Barrel, witterungsbedingte Preissteigerungen bei Obst und Gemüse sowie die Erhöhung indirekter Steuern. Überdies kam es im Zusammenhang mit der Bargeldeinführung des Euro in einzelnen Bereichen des Einzelhandels und im Gaststättengewerbe zu teilweise recht kräftigen Preiserhöhungen. Auch wenn die davon betroffenen Produkte nur einen relativ geringen Anteil an den Konsumausgaben der privaten Haushalte haben, prägten sie doch das Preisempfinden der breiten Öffentlichkeit. Die „gefühlte“ Inflation war deshalb deutlich höher als die vom Statistischen Bundesamt gemessene Inflationsrate². Mit dem Abklingen der außenwirtschaftlichen und witterungsbe-

Dr. Eckhardt Wohlers, 58, ist Leiter der Abteilung „Internationale Makroökonomie“ im Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA); Jörg Hinze, 49, Dipl.-Volkswirt, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in dieser Abteilung.

¹ Nach einer häufig verwendeten Definition befindet sich die Wirtschaft in einer Aufschwungsphase, wenn die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung zunimmt.

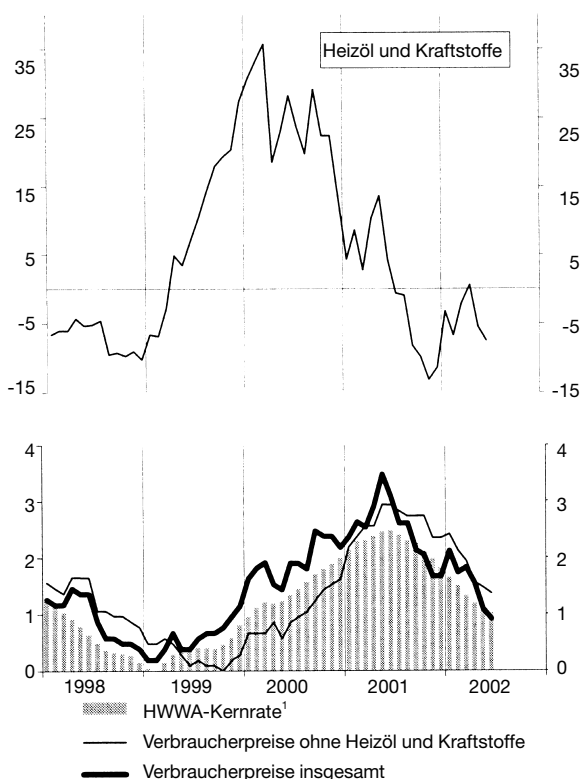
Schaubild 1
Indikatoren zur Wirtschaftsentwicklung in Deutschland¹



¹ Saisonbereinigte Werte, Saisonbereinigung nach Census X-12-Verfahren. ² Verarbeitendes Gewerbe. ³ Dreimonatsdurchschnitte. ⁴ Salden der positiven und negativen Firmenmeldungen. ⁵ Preis- und saisonbereinigt zu Preisen von 1995. ⁶ Inländerkonzept.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit, Statistisches Bundesamt, ifo Institut; eigene Berechnungen.

Schaubild 2
Entwicklung der Verbraucherpreise
 (Veränderungen in % gegenüber dem Vorjahr)



¹ Kernrate: Berechnet aus geglätteten Indizes (gleitende 3-Monats-Durchschnitte für den Gesamtindex ohne Heizöl und Kraftstoffe sowie ohne Saisonwaren und 24-Monats-Durchschnitte für den Index für Heizöl und Kraftstoffe sowie für Saisonwaren), ohne Steueränderungen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, HWWA-Berechnungen.

dingten Teuerungseffekte hat sich der Preisanstieg zur Jahresmitte wieder spürbar verlangsamt; im Juni betrug die Inflationsrate 0,9 %. Dabei haben allerdings auch Basiseffekte eine Rolle gespielt, so dass schon von daher in den kommenden Monaten wieder etwas höhere Inflationsraten absehbar sind.

Deutliche Erholung in der zweiten Jahreshälfte

Für eine Fortsetzung der konjunkturellen Expansion in Deutschland spricht schon das günstige weltwirtschaftliche Umfeld. In den USA ist angesichts der erheblichen Impulse von Seiten der Geld- und Finanzpolitik eine Verstärkung des Aufschwungs in der zweiten Jahreshälfte wahrscheinlich. Damit wird auch die Weltkonjunktur an Fahrt gewinnen, zumal die Wirtschaftspolitik auch in anderen Ländern expansiv ausgerichtet ist. Das günstige weltwirtschaftliche Umfeld fördert nicht nur den Export, über eine Ver-

² Vgl. Jörg H i n z e: Widersprüchliche Preissignale, in: WIRTSCHAFTSDIENST, 82. Jg. (2002), H. 6, S. 369.

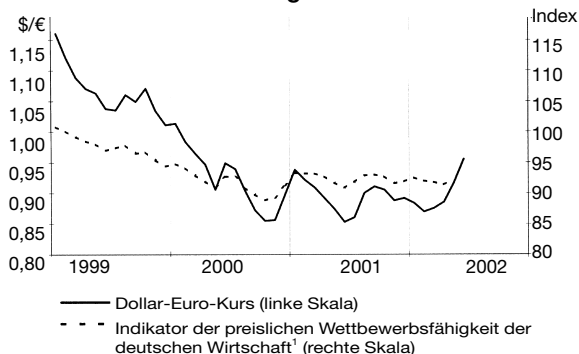
Annahmen der Prognose

Konjunkturprognosen sind bedingte Prognosen. Für wichtige Rahmenbedingungen müssen fundierte Annahmen und Setzungen vorgenommen werden. Der Prognose liegen folgende Annahmen zu Grunde:

- Die weltpolitische Lage eskaliert nicht. Der Nahost-Konflikt bleibt regional begrenzt. Es kommt nicht zu neuen massiven Terroranschlägen oder zu einer Ausbreitung des „Kriegs gegen den Terror“.
- Der Ölpreis schwankt im Prognosezeitraum 2002/2003 um ein Niveau von 25 \$/Barrel.
- Die Weltwirtschaft mündet im Gefolge der US-Wirtschaft in einen stetigen Aufschwung ein. Der Welthandel zieht zügig an.
- Die Talfahrt des US-Dollar gegenüber dem Euro setzt sich nicht fort. Im Prognosezeitraum pendelt der Kurs des Euro gegenüber dem Dollar nahe der Parität. Der Außenwert des Euro verändert sich insgesamt nur wenig.
- Die Europäische Zentralbank wird mit der Festigung der Konjunktur im Euroraum die geldpolitischen Zügel leicht anziehen. Im Herbst dieses und Anfang nächsten Jahres werden die Leitzinsen um insgesamt einen halben Prozentpunkt angehoben. Die langfristigen Zinsen ziehen mit der Festigung der Konjunktur ebenfalls leicht an, bleiben mit 5½% aber im langfristigen Durchschnitt relativ niedrig.
- Die noch ausstehenden Abschlüsse der laufenden Tarifrunde fallen etwas niedriger als die bisherigen aus; dies gilt insbesondere für den öffentlichen Dienst. Die tariflichen Stundenlöhne liegen in der zweiten Jahreshälfte 2002 und im nächsten Jahr um durchschnittlich 3% über dem jeweiligen Vorjahrsniveau.
- Die Finanzpolitik wirkt in diesem und im nächsten Jahr restriktiv. Der nächsten Stufe der Einkommensteuerreform, die Anfang 2003 in Kraft tritt, stehen Erhöhungen bei den Ökosteuern, bei der Tabaksteuer und bei den Beitragssätzen zur gesetzlichen Rentenversicherung gegenüber. Die Etats von Bund und Ländern erfüllen die im Finanzplanungsrat festgelegten Ausgabenziele.

besserung der Absatzerwartungen wirkt es sich auch positiv auf die Lagerdispositionen und auf die Investitionsneigung der Unternehmen aus. Stimulierend wirkt darüber hinaus die Geldpolitik. Die Europäische Zentralbank (EZB) hatte im Herbst letzten Jahres auch als Reaktion auf die Terroranschläge vom 11. September die geldpolitischen Zügel nochmals spürbar gelockert

Schaubild 3
Entwicklung des Euro und der Wettbewerbsfähigkeit



¹ Realer effektiver Wechselkurs des Euro gegenüber 49 Ländern auf der Basis der deutschen Verbraucherpreise, 1.Vj. 1999=100.

Quelle: Deutsche Bank.

und den Leitzins in zwei Schritten um einen weiteren Prozentpunkt auf 3,25% gesenkt³. Die davon ausgehenden Impulse werden in der zweiten Jahreshälfte mehr und mehr zum Tragen kommen. Überdies stärkt das Nachlassen des Preisaufrichts die Kaufkraft der privaten Haushalte.

Vor diesen Hintergrund ist zu erwarten, dass sich die konjunkturelle Expansion in Deutschland in der zweiten Hälfte dieses Jahres erheblich beschleunigt und an Breite gewinnt. Dabei wird auch die Auslastung der Kapazitäten wieder zunehmen. Für das Jahr 2002 insgesamt ist allerdings wegen eines „Unterhangs“ zu Jahresbeginn und der verhaltenen Entwicklung in der ersten Jahreshälfte lediglich mit einem Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts um 0,7% zu rechnen. Das entspricht der Prognose des HWWA von Ende letzten Jahres⁴. Auf dem Arbeitsmarkt wird sich erst zum Jahresende hin eine Wende zum Besseren ergeben. Im Jahresdurchschnitt wird die Zahl der Erwerbstätigen das Vorjahrsniveau deutlich unterschreiten, und die Zahl der Arbeitslosen wird bei reichlich 4 Millionen liegen. Der Preisanstieg wird 1,5% betragen.

Rahmenbedingungen für 2003

Der Aufschwung wird sich im kommenden Jahr fortsetzen. Er wird aber an Dynamik verlieren. Die Gründe dafür sind eine ruhigere Gangart der Weltkonjunktur⁵, eine Verschlechterung der monetären Rahmenbedin-

³ Bereits im Mai und im August 2001 war der Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte jeweils um 0,25 Prozentpunkte zurückgenommen worden.

⁴ Vgl. Jörg Hinz e, Eckhardt Wohlers: Terrorfolgen schüren Rezessionsfurcht, in: WIRTSCHAFTSDIENST, 81. Jg. (2001), H. 12, S. 726 ff.

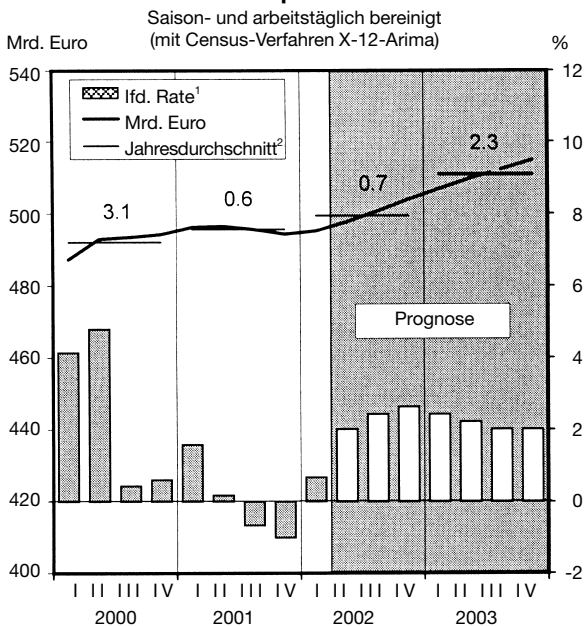
⁵ Eine ausführliche Darstellung der weltwirtschaftlichen Entwicklung folgt in der nächsten Ausgabe des WIRTSCHAFTSDIENST im August 2002.

gungen und eine Forcierung des Konsolidierungskurses in Deutschland. Mit dem Abklingen der geld- und finanzpolitischen Impulse in den USA dürfte sich dort die konjunkturelle Expansion etwas abschwächen. Zudem ist zu erwarten, dass die amerikanische Notenbank mit der Festigung des Aufschwungs die geldpolitischen Zügel wieder anziehen wird. Da auch in anderen Ländern die wirtschaftspolitischen Anregungen nachlassen werden, dürfte sich das Tempo der weltwirtschaftlichen Expansion etwas abschwächen. Gleichwohl wird sie im kommenden Jahr kräftig bleiben.

Zweifel am Aufschwung in den USA, das hohe, noch steigende Leistungsbilanzdefizit und eine Verunsicherung im Zuge der Bilanzierungsskandale waren wesentliche Gründe dafür, dass der US-Dollar in den vergangenen Wochen stark unter Druck geraten ist und gegenüber dem Euro deutlich an Wert verloren hat. Mit der Festigung der Konjunktur in den USA dürften zumindest die Zweifel an der Nachhaltigkeit des Aufschwungs geringer werden. Deshalb ist hier unterstellt, dass sich die Talfahrt des Dollar nicht fortsetzen wird und dass sich der Kurs gegenüber dem Euro in der Nähe der Parität einpendeln wird. Bei einem solchen Kursniveau dürften sich die Beeinträchtigungen für die Konjunktur in Deutschland in Grenzen halten. Zwar verschlechtert eine Aufwertung des Euro tendenziell die internationale preisliche Wettbewerbsfähigkeit und belastet so den Export. Das jetzige Kursniveau dürfte sich aber noch innerhalb der Bandbreite bewegen, die den mittelfristigen Planungen der meisten Exportunternehmen zugrunde liegt. Zudem gehen mehr als die Hälfte der deutschen Ausfuhren in die Länder des Euroraums oder in Staaten, deren Währung dem Euro folgen. Hier nimmt die Konkurrenz nur gegenüber Drittländern zu. Der „Wettbewerbsindikator“ der Bundesbank zeigt denn auch, dass die internationale Wettbewerbsposition der deutschen Wirtschaft durch die Aufwertung des Euro gegenüber dem Dollar insgesamt nicht sehr stark beeinträchtigt worden ist (vgl. Schaubild 3). Zudem dämpft die Aufwertung des Euro über eine Verbilligung der Importe den Kosten- und Preisaufricht im Inland und stärkt so die Binnennachfrage. Allerdings setzen die stimulierenden Effekte der Verbesserung der Terms of Trade erfahrungsgemäß später ein als die dämpfenden Effekte über den Export.

Für ein Nachlassen der konjunkturellen Dynamik im kommenden Jahr spricht auch, dass die Anregungen von Seiten der Geldpolitik abklingen werden. Zudem ist davon auszugehen, dass die EZB mit der Festigung der Konjunktur im Euroraum die geldpolitischen Zügel

Schaubild 4
Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland



¹ Veränderung in % gegenüber dem Vorquartal, auf Jahresrate hochgerechnet, rechte Skala; ² Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank; ab 2. Quartal 2002: HWWA-Prognose.

wieder etwas anziehen wird. Bei der Prognose ist unterstellt, dass im Herbst dieses und Anfang nächsten Jahres die Leitzinsen in zwei Schritten um insgesamt einen halben Prozentpunkt angehoben werden. Dafür sprechen mehrere Gründe. So wird die Inflationsrate im Euroraum trotz abklingender Sondereinflüsse und der dämpfenden Effekte der Euro-Aufwertung in diesem Jahr immer noch in der Nähe von 2% liegen, die die EZB gerade noch für vereinbar mit Preisstabilität hält. Mit steigender Kapazitätsauslastung werden von der Nachfrageseite her die Inflationsrisiken zunehmen. Zur Vorsicht mahnt auch die anhaltend kräftige Ausweitung der Geldmenge. M3 expandiert weiterhin mit Raten, die deutlich über dem von der EZB festgelegten Referenzwert von 4½% liegen. Risiken für die Preisentwicklung birgt schließlich auch die Lohnentwicklung im Euroraum, denn in einer Reihe von Mitgliedsländern – nicht zuletzt in Deutschland – zeichnet sich eine Beschleunigung des Anstiegs bei den Arbeitskosten ab. Vor diesem Hintergrund erscheint ein leichtes Anziehen der geldpolitischen Zügel durchaus als gerechtfertigt. Mit der Anhebung der Leitzinsen um einen halben Prozentpunkt würde die Geldpolitik lediglich auf einen annähernd neutralen Kurs zurückkehren.

⁶ Das Defizit des Bundes soll erst bis zum Jahre 2006 abgebaut werden.

Kurswechsel in der Lohnpolitik

In Deutschland wird sich nach mehreren Jahren moderater Lohnentwicklung in diesem Jahr der Lohnanstieg spürbar beschleunigen. Die bisher vorliegenden Tarifabschlüsse in wichtigen Bereichen lassen erwarten, dass die Tariflöhne in der zweiten Hälfte dieses Jahres und im kommenden Jahr jeweils um rund 3% über dem Vorjahrsniveau liegen werden. Sie gehen damit deutlich über den gesamtwirtschaftlichen Verteilungsspielraum hinaus. Lohnsteigerungen in dieser Größenordnung sind nicht mehr als beschäftigungskonform einzustufen. Sie dämpfen die Bereitschaft der Unternehmen zu Neueinstellungen, belasten die Investitionsneigung und forcieren die Substitution von Arbeit durch Kapital. Dies gilt umso mehr für Krisenbranchen wie die Bauwirtschaft, wo derzeit kaum Produktivitätssteigerungen erzielt werden.

Der Kurswechsel in der Lohnpolitik wird die konjunkturelle Erholung in Deutschland zwar nicht gravierend beeinträchtigen, er wird aber dazu führen, dass der Aufschwung weniger arbeitsintensiv wird und sich die „Beschäftigungsschwelle“, d.h. die Grenze, von der ab Wachstum zu mehr Beschäftigung führt, weiter erhöht. Überdies ist als Folge stärkerer Lohnstückkostensteigerungen eine, wenn auch wohl nur leichte, Beschleunigung des Preisauftriebs wahrscheinlich.

Finanzpolitik unter Konsolidierungszwang

Zum Nachlassen der konjunkturellen Expansion im kommenden Jahr trägt auch die Finanzpolitik bei. Die Bundesregierung konnte Anfang des Jahres nur dadurch einer haushaltspolitischen „Frühwarnung“ von Seiten der EU entgehen, dass sie noch einmal ihre Absicht bekräftigte, das gesamtstaatliche Defizit bis zum Jahre 2004 auf „nahezu null“ zu verringern⁶. Diese Verpflichtung ist für jede Bundesregierung bindend, so dass von der Finanzpolitik im kommenden Jahr merkliche kontraktive Effekte ausgehen werden. Wegen der anstehenden Bundestagswahl ist allerdings noch nicht im einzelnen abzusehen, wie der Haushalt 2003 letztlich aussehen wird. Für die Prognose ist folgendes unterstellt worden: Die bereits mit der „Steuerreform 2000“ beschlossene nächste Stufe der Steuerentlastung mit einem Volumen von 6½ Mrd. Euro tritt wie geplant Anfang 2003 in Kraft. Gleichzeitig werden die Ökosteuer und die Tabaksteuer, wie von der jetzigen Regierung vorgesehen, angehoben. Überdies steigen die Rentenversicherungsbeitragssätze

⁷ Vgl. dazu im einzelnen Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2002, HWWA-Report Nr. 218, S. 73.

Eckdaten der Prognose für Deutschland

(Veränderungen in % gegenüber dem Vorjahr)

	1999	2000	2001	2002	2003
Bruttoinlandsprodukt ¹	1,8	3,0	0,6	0,7	2,3
Private Konsumausgaben	3,1	1,4	1,1	0,0	1,8
Konsumausgaben des Staates	1,6	1,2	1,7	1,0	0,7
Anlageinvestitionen	4,2	2,3	-4,8	-2,7	2,7
Ausrüstungen	7,2	8,7	-5,0	-5,1	6,2
Bauten	1,5	-2,5	-5,8	-1,8	-0,2
Sonstige Anlagen	13,7	8,9	6,0	5,0	7,2
Inlandsnachfrage	2,6	2,0	-1,0	-0,4	2,7
Ausfuhr	5,6	13,2	4,7	3,0	5,3
Einfuhr	8,5	10,0	0,1	-0,2	6,7
Erwerbstätige	1,2	1,6	0,2	-0,5	0,3
Arbeitslose (Mill. Personen)	4,10	3,89	3,85	4,02	3,96
Arbeitslosenquote ² (in %)	9,7	9,1	9,1	9,4	9,3
Verbraucherpreise ³ (in %)	0,6	1,9	2,5	1,5	1,6
Finanzierungssaldo des Staates (in % des BIP)	-1,6	1,2 ^a	-2,8	-2,5	-1,9
Leistungsbilanzsaldo ⁴ (Mrd. Euro)	-17,9	-22,6	2,7	29	29

¹ In Preisen von 1995. ² Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept). ³ Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr. ⁴ In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik. ^a Einschließlich der Erlöse aus den UMTS-Lizenzen.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; Bundesanstalt für Arbeit; 2002 und 2003: HWWA-Prognose.

um 0,2 Prozentpunkte. Zur Eindämmung des Ausgabenanstiegs werden die Beschlüsse des Finanzplanungsrates umgesetzt⁷. Sie sehen vor, dass der Bund in den beiden nächsten Jahren seine Ausgaben im Durchschnitt um jeweils ½% kürzt, und die Länder ihre Ausgaben um nicht mehr als 1% ausweiten. Um das zu erreichen, sind Einschnitte in allen Bereichen notwendig, auch bei den Personalausgaben. Deshalb ist unterstellt, dass die Lohn- und Gehaltssteigerungen im öffentlichen Dienst merklich hinter denen in der Privatwirtschaft zurückbleiben. Auch wenn dies nicht gelingen sollte, würden Bund und Länder sicherlich danach trachten, ihre Ausgabenziele einzuhalten. Sie würden wahrscheinlich zunächst versuchen, verstärkt Arbeitsplätze abzubauen. Da dies kurzfristig aber nur begrenzt möglich ist, würde der Rotstift wohl einmal mehr bei den öffentlichen Investitionen angesetzt werden.

Fortsetzung des Aufschwungs im kommenden Jahr

Gestützt von der weiterhin merklich expandierenden Weltkonjunktur, aber auch von den gemessen am langfristigen Durchschnitt relativ niedrigen Zinsen,

⁸ Ende letzten Jahres war vom HWWA für das Jahr 2003 noch ein Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts um 2,8% prognostiziert worden. Die Änderung resultiert zum einen aus der Annahme eines deutlich verschärften Konsolidierungskurses, zum anderen aus einer neuen Setzung für den Wechselkurs.

wird die Konjunktur in Deutschland auch im kommenden Jahr deutlich aufwärtsgerichtet sein. Wegen der angesprochenen dämpfenden Einflüsse wird sie aber im Laufe des Jahres an Schwung verlieren; zum Jahresende dürfte das Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts etwa dem des Produktionspotentials entsprechen (vgl. Schaubild 4). Dabei wird es zu Verlagerungen bei den Auftriebskräften kommen. So wird sich die Expansion des Exports wegen der ruhigeren Gangart der Weltkonjunktur verlangsamen. Dagegen wird die Binnennachfrage als Folge der Festigung der Investitionsneigung der Unternehmen und eines nachlassenden Attentismus bei den privaten Haushalten, zu dem auch eine konjunkturbedingte Verbesserung der Beschäftigungsperspektiven beiträgt, verstärkt zunehmen; der Aufschwung gewinnt damit an Breite.

Alles in allem wird das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahre 2003 um 2,3% steigen⁸. Konjunkturbedingt wird sich auch eine leichte Besserung am Arbeitsmarkt ergeben. So wird die Zahl der Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt um rund 100 000 zunehmen, und die Zahl der Arbeitslosen wird die Marke von 4 Millionen knapp unterschreiten. Dabei sind Maßnahmen zur Reform des Arbeitsmarktes und der Arbeitsvermittlung noch nicht berücksichtigt. Dies gilt insbesondere für die Vorschläge der Hartz-Kommission. Es ist ohnehin zweifelhaft, ob durch deren Umsetzung die Arbeitslosigkeit binnen weniger Jahre halbiert werden kann. Denn die Vorschläge der Hartz-Kommission setzen vorrangig auf der Angebotsseite an und zielen in erster Linie auf eine Reduzierung der Dauer der Arbeitslosigkeit. Neue Arbeitsplätze dürften dadurch nur begrenzt geschaffen werden, dies gilt insbesondere für die Problemregionen in Ostdeutschland. Es könnte aber gelingen, Arbeitsplätze aus der Schattenwirtschaft in die offizielle Wirtschaft rückzuverlagern.

Auch wenn die Konjunkturperspektiven aus heutiger Sicht alles in allem als recht günstig erscheinen, gibt es nach wie vor nicht unbeträchtliche Risiken. Ein Unsicherheitsfaktor ist die Lage im Nahen Osten. Eine Eskalation des dortigen Konfliktes – oder eine Ausweitung des „Krieges gegen den Terror“ auf Länder dieser Region – könnten einen neuen Ölpreisschock auslösen, der die Erholung der Weltwirtschaft und damit auch den Aufschwung in Deutschland beeinträchtigen würde. Ein weiteres Risiko ist die Entwicklung in den USA und, damit zusammenhängend, des Dollarkurses. Sollte es wider Erwarten in den USA zu einem „double dip“ kommen, hätte dies auch erhebliche Rückwirkungen auf die Konjunktur in anderen Regionen. Gleiches gilt, falls sich die Talfahrt des Dollar fortsetzen würde,